



KLIMASCHUTZ ERNST NEHMEN!

Antragstellerin Juso-AG NordWest Hannover

Das AGen-Plenum der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

Das AGen-Plenum unterstützt die Bestrebungen auf dem Welt-Klimagipfel der UN in Kopenhagen und fordert ein Kyoto-Nachfolgeprotokoll. Darauf aufbauend fordern wir klare Richtlinien für Industrieländer, anhand derer man die Treibhausgasreduktion festmachen kann. Diese sind für uns vor allem:

- 1. Verpflichtung für Unternehmen weltweit Carbon footprints zu erstellen, um damit nachweisen zu können, dass sie an der Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen arbeiten.**
- 2. Kritische Auseinandersetzung mit Formen der Energieerzeugung, wie Kohle und Atomkraft**
- 3. Verkehrspolitische Maßnahmen und Maßnahmen zur Regulierung der Automobilindustrie.**

Begründung:

In der dänischen Hauptstadt versammeln sich seit dem 07. Dezember RegierungsvertreterInnen aus fast allen Staaten der Erde zum Weltklimagipfel. Beschlossen werden soll vor allem ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll, um damit den Kohlenstoffdioxid-Ausstoß zu begrenzen und den Anstieg der Erderwärmung zu bremsen.

Das Kyoto-Protokoll ist bislang das einzige völkerrechtlich verbindliche Instrument der Klimaschutzpolitik und es enthält nur vergleichsweise geringe Verpflichtungen der Industrieländer zur Reduktion ihres Ausstoßes an Treibhausgasen.

Das gilt vor allem für die Erstellung von so genannten Carbon footprint reports, die alle anfallenden CO₂-Emissionen eines Wirtschaftsunternehmens auflisten und damit eine staatliche Kontrolle gewährleisten können. Anhand dieser Berichte müssen Unternehmen nachweisen, dass sie aktiv an der Reduktion ihres Schadstoffausstoßes arbeiten. Diese Berichte sind in vielen Ländern noch nicht gesetzlich verankert, obwohl in diesem Bereich dringend Handlungsbedarf besteht. Das muss sich ändern. Aus diesem Grunde unterstützen wir diese Bestrebungen, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Weltmeteorologie-Organisation WMO auf dem Klimagipfel bekannt gegeben hat, dass hinter uns das wärmste Jahrzehnt seit 1850 liegt und damit das fünftwärmste Jahrzehnt seit Beginn der Aufzeichnungen.

Eine Ausweitung der Energieerzeugung mit Hilfe der Atomkraft kann hierbei aber nicht zielführend sein, da auch hier – entgegen der weit verbreiteten Meinung – durch die Uranextraktion, den Transport und die Wiederaufbereitung enorme CO₂-Emissionen anfallen.

Zielführend ist dagegen die Ausweitung der regenerativen Energien, die weder gasförmige Schadstoffe, noch Altlasten verursacht. Da dies aber bislang fast ausschließlich in Deutschland diskutiert wird, ist es erforderlich, auf diesem Welt-Klimagipfel dafür zu werben, da Klimaschutz alle Staaten der Erde etwas angeht.

Die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln muss voran getrieben werden. Diese verkehrspolitische Maßnahme sorgt ebenfalls für einen Rückgang des CO₂-Ausstoßes. Um das an einem plastischen Beispiel auszudrücken: Wenn 150 Menschen morgens mit der Bahn zur Arbeit fahren können, ist das wesentlich klimaschonender, als wenn jeder Einzelne dieser Menschen mit einem eigenen KfZ zur Arbeit fährt. Zudem sollen Automobilhersteller dazu verpflichtet werden, Kraftstoffsparsamkeit als Kern ihrer Motorforschung und des Motorbaus zu betrachten. Gleichzeitig sollen sie auch dazu verpflichtet werden, Automobile mit alternativen Energieformen zu bauen.